

Lohngerechtigkeit jetzt!

Erst vor kurzem fand der alljährliche Equal Pay Day am 18. März 2017 statt: Der Equal Pay Day symbolisiert den Tag, bis zu dem Frauen kostenlos arbeiten, während Männer schon ab dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden, denn: Noch immer beträgt die durchschnittliche Lohnlücke für gleiche oder gleichwertige Arbeit zwischen Frauen und Männern in Deutschland rund 21 Prozent.

Und selbst die bereinigte Lohnlücke, d.h. nach Abzug struktureller Faktoren, wie häufigere familiär bedingte Erwerbsunterbrechungen und dem Manko, dass Frauen weniger in Führungspositionen zu finden sind, zeigt immer noch eine Lücke von ca. 8 Prozent auf.

Nun wurde auf der Bundesebene ein Kompromiss gefunden, mit dem ein Schritt auf dem Weg hin zur Lohngerechtigkeit gegangen wird: Das Entgelttransparenzgesetz kommt.

Carla Neisse-Hommelsheim, Stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen Union Deutschlands, aus dem Rhein-Erft-Kreis in Nordrhein-Westfalen: „Das Entgelttransparenzgesetz ist nicht nur eine Weichenstellung auf dem Weg zur Lohngerechtigkeit, sondern ein konkreter Schritt zu mehr Gleichberechtigung in Deutschland. Der gefundene gesetzliche Kompromiss ist ein Gewinn für Frauen. Seit 2010 hat die Frauen Union nicht locker gelassen und sich massiv für eine gesetzliche Regelung zur Lohngerechtigkeit eingesetzt. Die Frauen Union verfolgt unverändert das Ziel, dass die Lohnlücke zukünftig der Vergangenheit angehört.“

Ina Scharrenbach MdL, Landesvorsitzende der Frauen Union NRW: „Die nachgewiesene Lohnlücke von Frauen wird im Alter zur Rentenlücke. Zunehmend mehr Frauen sind im Alter nicht mehr über ihren Ehepartner oder eine Witwenrente abgesichert. Eine eigenständige Altersvorsorge von Frauen wird immer wichtiger. Die Lohnleichheit ist ein entscheidender Beitrag dazu.“

Die Frauen Union Nordrhein-Westfalen sieht dabei auch die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und die Betriebsräte in der Verantwortung. „Es wäre schon viel gewonnen, wenn in den Tarifkommissionen mehr Frauen vertreten wären – auf Arbeitgeber- wie auf Gewerkschaftsseite, um den Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Geltung zu verschaffen.“, so Scharrenbach MdL und Neisse-Hommelsheim abschließend.